

ganz persönliches Wort sprechen. Ich glaube, daß sich diejenigen, die nicht zur Enquete-Kommission gehören, das noch ganz gut mit anhören können. Wir begrüßen einen unter uns besonders herzlich, nämlich Dr. Faulenbach. Wir sind froh darüber, daß er wieder da ist. (Beifall)

Wir steigen nun in die erste Reihe von Referaten ein. Es werden jetzt also drei Referate hintereinander folgen. Danach werden wir eine erste Diskussionrunde durchführen. Das erste Referat wird Professor Dr. Manfred Wilke aus Berlin zum Thema „Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 für das Parteiensystem in der SBZ und der Beginn ihrer Umsetzung“ halten. Bitte, Herr Professor.

Prof. Dr. Manfred Wilke: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der „Aufruf des Zentralkomitees der KPD“ vom 11. Juni 1945 verneinte ausdrücklich die Absicht der Partei, „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“. Die KPD forderte eine antifaschistische parlamentarisch-demokratische Republik. Die SMAD ließ am 10. Juni mit dem berühmten „Befehl Nr. 2“ vier antifaschistisch-demokratische Parteien zu. Am 14. Juli bereits wurde der von der KPD geforderte Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien – das waren die Sozialdemokraten, die Liberalen, die Christdemokraten und die KPD – gegründet. Ich halte es für wichtig, daß wir uns noch einmal diese allgemein bekannte Tatsache ins Gedächtnis zurückrufen.

Die Blockpolitik der KPD 1945 lag auf der Linie der antifaschistischen Einheitsfront-Politik, die für alle kommunistischen Parteien nach dem Überfall auf die Sowjetunion durch Hitler im Jahre 1941 galt. In ganz Europa traten die kommunistischen Parteien als Organisatoren des nationalen Widerstandes gegen die deutsche Okkupationspolitik auf. Das Programm der sozialistischen Revolution trat zugunsten des Kampfes für eine antifaschistische Demokratie in den Hintergrund.

Als 1943 in Moskau die „Kommunistische Internationale“ aufgelöst wurde – und damit die kommunistischen Parteien formal unabhängige nationale Parteien wurden, was sie ja vorher nicht waren; davor waren sie Sektionen einer Weltpartei –, rechtfertigte Stalin diesen Schritt mit den Erfordernissen der antifaschistischen Bündnispolitik im Krieg.

Wenn man die KPD-Programme und Deklarationen nach 1945 liest, dann halte ich es auch für geboten, uns diese Sprachregelung des „großen Generalissimus“ aus dem Jahre 1943 ins Gedächtnis zurückzurufen:

„Die Auflösung der 'Kommunistischen Internationale' ist richtig, denn a) sie entlarvt die Lügen der Hitler-Leute, daß 'Moskau' angeblich beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu 'bolschewisieren'. Dieser Lüge ist nunmehr ein Ende gemacht worden.

b) Sie entlarvt die Verleumdung seitens der Gegner des Kommunismus in der Arbeiterbewegung, daß die kommunistischen Parteien der verschiedenen

Länder angeblich nicht im Interesse ihres eigenen Volkes, sondern auf Befehl von außen handeln. Dieser Verleumdung ist nunmehr ebenfalls ein Ende gemacht worden.

c) Sie erleichtert die Arbeit der Patrioten der freiheitsliebenden Länder zur Vereinigung der progressiven Kräfte ihrer Länder – unabhängig von deren Parteizugehörigkeit und religiöser Überzeugung – zu einem einheitlichen nationalen Freiheitslager zwecks Entfaltung des Kampfes gegen den Faschismus.“

Die interalliierten Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta 1945 hatten bereits die machtpolitischen Gegensätze zwischen den Mächten in bezug auf die europäische Nachkriegsordnung offenbart. Aber die kommunistischen Parteien blieben bei ihrer antifaschistischen Blockpolitik, um die gesellschaftspolitische Neuordnung des befreiten Europas durchzusetzen. Wie wir alle wissen, ist 1947 mit der Bildung des Kominform und der Planung für den Marshallplan die Grundlage für diese Politik entfallen.

Vor 1989 war es nach den Worten des Tübinger Historikers Dietrich Geyer eine strittige Frage, „ob die Einheitsfront- und Blockpolitik nach Kriegsende jemals mehr war als eine fadenscheinige Camouflage des sowjetischen Willens zur Macht, mehr als ein Mittel, um die verbündeten Parteien, voran die Sozialdemokratie, stillzustellen und die kommunistische Diktatur nach Maßstäben und Zeitbegriffen durchzusetzen, die dem sowjetischen Interesse und den jeweiligen Gegebenheiten angemessen waren.“

Nach Öffnung der SED-Archive läßt sich diese gewichtige Streitfrage, die auch die deutsche Nachkriegspolitik betrifft, entscheiden.

In diesem Vortrag möchte ich die Kommission über erste Ergebnisse meines Forschungsvorhabens „Die Gründung der SED, dargestellt aus den Akten der KPD“ informieren. Unser Projekt wird im „Forschungsverbund SED-Staat“ an der FU Berlin seit wenigen Monaten betrieben und vom Bundesministerium des Inneren dankenswerterweise gefördert.

Im Zentralen Parteiarchiv der SED haben wir uns zunächst auf das Material der in der Moskauer Emigration befindlichen Führung der KPD aus den Jahren 1944/45 konzentriert. Schon die erste Sichtung der Vorstellungen und perspektivischen Pläne zum Sturz Hitlers durch eine deutsche Volksbewegung machen deutlich: Diese KPD-Funktionäre besaßen nur über den Moskauer Sender eine operative Beziehung zu den kommunistischen Widerstandsgruppen in Deutschland. Genaue Kenntnisse über die im Reich existierenden Gruppen oder gar organisatorische Verbindungen zu ihnen waren nicht vorhanden. Immer wieder wurde darüber diskutiert, Kuriere nach Deutschland zu schicken. Aber die Debatte über die auszulösenden Volksaktionen zum Sturz Hitlers blieben formelhaft abstrakt. Und sie waren ja auch folgenlos.

Dieses Urteil gilt nicht für die in der Sowjetunion zu dieser Zeit stattfindenden

Vorbereitungen für den Tag nach dem Sieg über Hitler, zu denen z. B. die antifaschistische Kaderschulung von Kriegsgefangenen gehörte. Die konzeptionellen Diskussionen über die Neuordnung eines vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland blieben allerdings Sache der KPD-Funktionäre, die am Anspruch festhielten, die legitime Führung der KPD zu repräsentieren.

Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht und Anton Ackermann fungierten 1944 als „Leitung“. Die Politemigranten im sowjetischen Exil kamen mehrheitlich aus den Apparaten von KPD und Kommunistischer Internationale. Im Krieg arbeiteten sie in Betrieben, kämpften in der sowjetischen Armee, dienten dem NKWD oder waren als Lehrer an den Parteischulen der KPD oder an den Schulen des „Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD)“ und als Propagandisten tätig.

Diese kommunistischen Kader waren im doppelten Sinn Überlebende. Selbst Ulbricht gehörte zu den etwa 10.000 kommunistischen Flüchtlingen, die nach der Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur aus Deutschland vor Hitlers Kommunistenverfolgung fliehen mußten. 1935 wurde die KPD-Führung nach Moskau verlagert. Viele Spitzenfunktionäre der Partei folgten ihr in das sowjetische Exil und wurden Opfer des stalinistischen Terrors. Pieck, Ulbricht und Florin waren unmittelbar in die Mechanik dieses staatlichen Terrors verstrickt. Verhaftete Politemigranten wurden in den dreißiger Jahren von der KPD bzw. der Komintern ausgeschlossen.

Über Wilhelm Florin muß gesagt werden, daß er ab 1937 Vorsitzender der „Internationalen Kontrollkommission“ der Kommunistischen Internationale – und in dieser Funktion unmittelbar zuständig für die Säuberungskampagnen in den Mitgliedsparteien der Internationale – gewesen ist.

Die Bedeutung der Moskauer Kader für die Nachkriegsgeschichte des deutschen Kommunismus und für die Konstituierung der DDR ist offenkundig. Wir haben deshalb in unserem Forschungsprogramm zunächst mit den programmatischen Diskussionen 1944/45 in Moskau begonnen – wurden sie doch im Auftrag und in Abstimmung mit der sowjetischen Führung vorgenommen. Sie waren strenggenommen – wie Alexander Fischer das vor Jahren schon gesagt hat – Teil der sowjetischen Deutschlandpolitik.

Die ergiebigste Quelle für die Moskauer Diskussionen während des Krieges sind die handschriftlichen Aufzeichnungen von Wilhelm Pieck. Er hat sowohl die Debatten der in den Jahren 1944/45 tagenden sogenannten Arbeitskommission des ZK der KPD als auch die „Leitungssitzungen“ der engeren Führung stichwortartig notiert. Ebenso hat Pieck die Gespräche mit dem Leiter der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Georgi Dimitroff, dem früheren Generalsekretär der Komintern, festgehalten, oder er hat Stichworte aufgeschrieben, die er vortragen wollte.

Piecks Notizzettel wurden im Laufe der sechziger Jahre im Zentralen Parteiarchiv der SED maschinenschriftlich übertragen. Zu diesen Materialien von

Pieck aus den Jahren 1940 bis 1945 kommen noch die bislang unveröffentlichten Erinnerungen von Anton Ackermann und unerschlossene Nachlaßbestände von Funktionären hinzu, die der „Arbeitskommission“ 1944/45 angehörten.

Ich komme nun zum Inhalt bzw. zur Konzeption. Nach dem ersten Gipfeltreffen der „großen Drei“ – Churchill, Roosevelt und Stalin – im Zweiten Weltkrieg, der Konferenz von Teheran Ende November 1943, war klar: Deutschland würde besetzt sowie interalliiert unterworfen werden. Im Laufe des Jahres 1944 würden sich die Alliierten über den Text der Kapitulationsurkunde für Deutschland und ihre Besatzungszonen einigen. Fest stand außerdem die Westverschiebung der polnischen Grenze bis zur Oder.

Nach der Teheraner Konferenz war aber auch klar, daß die „großen Drei“ über das Schicksal Deutschlands keine konstruktive Lösung erzielt hatten. Vor diesem Hintergrund fand am 5.12.1943 im Hotel „Lux“ eine Besprechung deutscher Kommunisten statt, zu der Wilhelm Pieck eingeladen hatte. Paul Wandel referierte über die Frage: „Was kommt nach Hitler?“ Pieck notierte über den Abschnitt „Politische Entwicklung, Parteientwicklung“ folgende Stichworte über die Bedeutung der eigenen Partei: „Rolle der KPD, fester Kern für Sowjetunion, vorläufig keine politische Einheitspartei, erst Klärung.“

In einer Besprechung Piecks mit Dimitroff am 13.1.44 ging es um die „politische Orientierung in der Arbeit nach Deutschland“. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in dieser Unterredung die Bildung der Arbeitskommission des ZK der KPD vorbesprochen worden ist, die in der „Sitzung der leitenden Genossen am 6.2.44“ beschlossen wurde. Dieser Beschluß wurde – im Gegensatz zu anderen Vorkommnissen in dieser Leitung – protokolliert. Die Kommission hatte 20 Mitglieder. Es wurden acht Referate beschlossen. Den Kanon der Referate eröffnete am 6. März 1944 Florin mit „Lage und Aufgaben in Deutschland“.

Die Zusammensetzung der Kommission und die Themen der Referate waren bekannt. Gestützt auf die von der SED bis Anfang der siebziger Jahre selektiv publizierten Dokumente mußte Alexander Fischer davon ausgehen, daß Wilhelm Florin vor allem über die Blockpolitik sprach und eine Lösung für das zentrale Problem der KPD im Parteiensystem nach dem Krieg vortrug, nämlich wie der eigene Führungsanspruch mit konkurrierenden Parteien vereinbart werden kann.

Fischer schrieb:

„Florin schlug in seinem Referat eine Lösung vor, die sich zu einem konstitutiven Merkmal sowjetischer Deutschlandpolitik entwickeln sollte: die sogenannte Blockpolitik. Allen entstehenden antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen sowie allen Gruppen und Personen, so schlug er vor, sollte das Angebot gemacht werden, 'sich zu einem nationalen Block der kämpferischen Demokratie' zu vereinigen“.

Schon ein Blick in die Notizen von Pieck zeigt: Florin hat auch über Blockpolitik gesprochen. Aber damit wird man der Bedeutung des Referates überhaupt nicht gerecht. Die damalige Nr. 2 in der KPD-Führung gab den Beratungen der „Arbeitskommission“ die strategische Linie vor. Florin definierte für die KPD am 6. März 1944 die nationale Frage, wie sie sich nach der Teheraner Konferenz für die Partei darstellte.

Wir fanden im Nachlaß von Wilhelm Florin – undatiert und ohne Überschriften – die Moskauer Rededisposition. Horst Laude, Mitarbeiter des Projektes, hat dieses wichtige Dokument der deutschen Nachkriegsgeschichte in mühsamer Kleinarbeit anhand der Pieckschen Notizen rekonstruiert.

Die Passagen aus Florins Rede, die ich jetzt vortragen werde, werden hier heute morgen erstmals veröffentlicht. Ich denke, daß es angebracht ist, dieses Dokument jetzt in weiten Passagen zu zitieren, weil niemand sagen kann, daß hier etwas interpretiert wird. Was ich jetzt vortrage, ist die authentische Position der KPD-Führung im Moskauer Exil:

„Die Hauptfrage, die auch in der internationalen Diskussion in den Vordergrund gerückt ist, ist die: Was soll aus Deutschland werden? In Teheran war man sich offensichtlich darin einig, daß die hitlerische Kriegsmaschinerie zerschlagen werden muß. Aber die Frage der weiteren Zukunft Deutschlands ist doch mehr oder weniger offen geblieben.

Churchill hat gesagt, daß ihre Atlantikcharta für Deutschland nicht gelten könne, daß England jedoch die Zerstückelung Deutschlands nicht anstrebe.

Aber das Problem der inneren Gestaltung Deutschlands interessiert uns vor allem, weil davon die äußeren Beziehungen und die Zukunft Deutschlands abhängen. Die innere Umgestaltung Deutschlands wird stark beeinflussen, wie die Völkergemeinschaft in Europa aussehen wird.

Reaktionäre Kreise in den Vereinigten Staaten und England betrachten mit äußerstem Mißtrauen, welche Schritte die KPD macht und welche Politik das Nationalkomitee 'Freies Deutschland' betreibt. Ihre eigenen Pläne sind gegen unsere nationalen und sozialen Interessen und gegen eine wirklich demokratische Völkergemeinschaft gerichtet. Vor uns stehen deshalb eine Reihe Aufgaben, die alle miteinander verquickt sind.

1.) Das Bündnis der drei Großmächte weiter zu unterstützen und nichts zu unternehmen, was der Reaktion in den Vereinigten Staaten und England erlauben könnte, dieses Bündnis zum Bruch zu treiben.

2.) Dadurch gleichzeitig die Pläne der reaktionären Kräfte hinsichtlich Deutschlands zu durchkreuzen und

3.) hinsichtlich der inneren Umgestaltung Deutschlands das Weitestgehende, was die internationale Lage und die Kräfteverhältnisse in Deutschland selbst erlauben, zu erreichen.

Wenn wir dem Drängen von Kriegsgefangenen heute nachgeben und ein

sozialistisches Aktionsprogramm aufstellen würden, so könnte ein solcher Fehler schon der Reaktion erleichtern, den Sturz Roosevelts herbeizuführen, was auch unser Schaden wäre.

Alle unsere zentralen Programmlosungen können und dürfen deshalb nur ausgerichtet sein auf den Sturz des Faschismus, die Niederringung der aggressiven imperialistischen Kräfte und die bürgerliche Demokratie als Herrschaft des Volkes.“

Nach dieser Darlegung der internationalen Konstellation, die eine Blockpolitik erzwingt, geht Florin auf die innenpolitischen Ziele der KPD ein.

„Diese politische Linie ist auch vom innerdeutschen Standpunkt deshalb richtig, weil unser Ziel nach wie vor sein muß, die deutsche Bourgeoisie zu spalten und den einen Teil in die nationale Front zu ziehen. Kann man damit rechnen, daß ein Teil der deutschen Bourgeoisie eine andere Orientierung einschlägt als die am meisten reaktionären Kräfte? Jawohl! Warum?

Reaktionäre Kreise in England und in den Vereinigten Staaten wollen Deutschland unter ihre imperialistische Kontrolle bringen. Sie werden dabei von gewissen Liberalen unterstützt, die sagen: Schaffen wir einen Westplan, der anziehender sein muß als der Ostplan der Sowjetunion.

Aber in Deutschland sehen einsichtige bürgerliche Kreise auch, daß die deutsche Industrie und der Handel nur noch einmal in einem unabhängigen Deutschland blühen könne. Durch die Politik der Engländer und Amerikaner und durch das Unabhängigkeitsstreben der fortschrittlichen Kreise im Lager der deutschen Bourgeoisie wird das Problem Ost- oder Westorientierung aufgeworfen.

Auch in der Kriegsgefangenschaft spiegelt sich das schon wider. Die deutsche Bourgeoisie wird durch dieses Problem gespalten. Diesen Riß müssen wir geschickt vertiefen und zu einem Kompromiß ausnutzen, ohne das Bündnis der drei Staaten zu stören.

Um diesen Riß heute im Lager der deutschen Bourgeoisie zu vertiefen, sollten wir immer darauf hinweisen, daß Deutschland im friedlichen Handel mit der Sowjetunion nicht nur Rohstoffe und Lebensmittel erhalten könnte, sondern auch in Rußland einen breiten, aufnahmefähigen Markt. Das wollte die Reaktion nicht. Sie wollte Eroberung und hat das Unglück über Deutschland gebracht.

Wir stellen nicht die Frage so: Ost- oder Westorientierung. Wir sagen: Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarn und besondere Freundschaft mit der Sowjetunion.

Wir müssen uns heute schon darauf einstellen, daß das Problem 'enge Freundschaft mit der Sowjetunion morgen' noch viel mehr ein Problem der Lebensexistenz des deutschen Volkes und Deutschlands ist und daß das noch

viel schärfer als Scheidelinie zwischen Reaktion und Fortschritt hervortritt als heute.“

Soweit die Passagen von Florin, die die internationale und nationale Konstellation für die Politik der Kommunistischen Partei im Hinblick auf Parteiensystem und Staatsordnung im Nachkriegsdeutschland beleuchten.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, wann diese Sätze gesagt wurden. Zu einem Zeitpunkt, als die Westalliierten in Frankreich noch nicht gelandet sind und die deutschen Truppen noch weit in der Sowjetunion stehen, nimmt Florin bereits Kurs auf die weltpolitische Auseinandersetzung um Deutschland, die nach Hitlers Sturz zwischen zwei Lagern ausgetragen werden wird.

Auf der einen Seite steht die KPD, die im Bunde mit der Sowjetunion das nationale Lager führt. Auf der anderen Seite sind es die „reaktionären Kräfte“ in Deutschland, die willens sind, um ihre Klassenprivilegien zu verteidigen, sich mit ihren „reaktionären Klassenbrüdern“ in England und den USA zu verbünden, um Deutschland in eine „Halbkolonie“ zu verwandeln. Und dieser Begriff ist keine Zutat von Manfred Wilke aus dem Jahre 1992, wie Sie gleich hören werden. Florin weiter:

„Die reaktionären Kreise in England und in den Vereinigten Staaten werden uns diese Politik nicht leicht machen. Sie werden darauf hinarbeiten, daß ihre Regierungen mit Speck und Krediten, mit geringen Reparationsforderungen nach Deutschland gehen, um unserem Volk die Westorientierung schmackhaft zu machen und um es mit Hilfe der deutschen Reaktion doch wieder gegen die Sowjetunion zu mißbrauchen. Aber der Kern ihres Friedensvertrages wird ein harter sein, der Deutschlands Unabhängigkeit in Frage stellt.“

Ein nationales Problem hebt Florin besonders hervor, die „Gefahr der einseitigen Westorientierung Deutschlands“. Noch einmal Florin wörtlich:

„Wir müssen verhindern, daß die deutsche Reaktion sich an fremde Imperialisten verkauft, und verhindern, daß die Weltreaktion aus dem zusammengebrochenen deutschen imperialistischen Hitlerstaat eine von englisch-amerikanischen Trusten kontrollierte Halbkolonie macht. Also das nationale Problem besteht für das deutsche Volk darin, den besten Frieden zu erringen, der die Sicherheit der Anbahnung eines neuen Freundschaftsverhältnisses mit der Sowjetunion verbürgt.“

Aus den zitierten Passagen wird deutlich: Die KPD-Führung mußte schon aus Gründen der internationalen Konstellation und um die Differenzierung des deutschen Bürgertums ins Werk zu setzen, die Blockpolitik fortsetzen. Aber das Ziel bleibt unverrückbar, daß alle politischen Kräfte auf der Plattform und unter Führung der Kommunistischen Partei vereint werden.

Florin beginnt diesen Abschnitt seines Referats mit einer kategorischen Feststellung:

„Deutschland ohne starke KP ist eine Gefahr für die Sowjetunion. Beweis: Weimarer Republik, Faschismus, Polen.“

Beim Aufbau der eigenen Partei rechnet Florin mit einer linken und einer rechten Abweichung, denen nur die Parteiführung entgegensteuern kann. Geschieht das nicht, wird „die nationale Einheitsfront gefährdet“.

Grundlage dieser antifaschistischen Einheitsfront-Politik bleibt für die KPD natürlich die „Aktionseinheit“ der Arbeiterbewegung. Florin:

„Aus der engen und engsten Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen im Lande und mit Persönlichkeiten hier und in anderen Ländern muß die unzerbrechliche Einheit erwachsen, die wir zum Sieg über den Faschismus und die ganze Reaktion notwendig brauchen. Aus der engen und engsten Zusammenarbeit mit katholischen Arbeitern und Werktätigen, mit der Intelligenz aus allen kleinbürgerlichen Lagern kann die Partei die Einheit schmieden, die notwendig ist. Noch im Kampf für den Sieg über die Hitler-Bande muß die KP die Partei der Arbeiterklasse, Volkspartei, werden. Wir können heute schon nicht mehr nur Oppositionspartei sein, wir müssen als Partei der Verantwortung auftreten, die gewillt ist, morgen mit anderen zusammen die Verantwortung für das Geschick unseres Landes und Volkes auf uns zu nehmen.“

In der Diskussion zu diesem Referat wird die Existenz anderer Parteien außer der NSDAP in Deutschland 1944 von Mitgliedern der Arbeitskommission bezweifelt. Dieser Kritik widerspricht Florin in seinem Schlußwort am 10. April 1944:

„Wir haben früher anerkannt, daß es oppositionelle Parteien gibt. Wir haben anerkannt, daß die alten Parteien im Bewußtsein des Volkes weiterleben. Jetzt, wo sie beginnen, sich zu regen, wollen wir sagen, so etwas gibt es nicht. Jetzt sagt man, wir sollen keinen Schritt tun, der die Entstehung der Parteien fördern könnte. Meine Antwort ist: Die Parteien werden gefördert, wenn man nicht das Richtige tut, um sie zu entlarven, einzuengen oder in die gemeinsame Front zu verlagern.“

Der Redner fordert die Initiative der KPD, um im Volkswiderstand gegen den Nationalsozialismus die Führung zu übernehmen, vor allem natürlich gegenüber der sozialdemokratischen Partei. Florin zu den späteren Partnern der Einheitspartei von 1946:

„Die sozialdemokratischen Parteien werden so lange existieren, wie der Kapitalismus im Lande besteht: Ob uns das angenehm ist oder nicht, es ist so. Aber ob sie eine große Massenpartei wird – das ist die Kernfrage. Das können wir verhindern.“

Aus dem Referat von Florin ergibt sich: Die Frage der Blockpolitik ist für die KPD 1944 eine taktische Frage. Sie wurzelt gleichermaßen in der internationalen Konstellation und in der politischen und sozialen Differenzierung

der deutschen Gesellschaft. Gleichwohl soll mit Hilfe der Blockpolitik der Versuch unternommen werden, im Rahmen eines künftigen Parteiensystems den anderen politischen Strömungen den programmatischen Willen der KPD aufzuzwingen, um die Ostorientierung Deutschlands nach dem Sturz Hitlers durchzusetzen.- Ich danke Ihnen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Herr Professor Manfred Wilke. Das ist ein doppelter Dank. Einmal ist es Dir gelungen, Dich im Zeitrahmen zu halten.

Zweitens danke ich dafür, daß es ihm gelungen ist, eben nicht nur heutige Erkenntnisse zu bündeln; vielmehr hat er uns tatsächlich Neues vermittelt, was ausgesprochen interessant war.

Ich möchte nun den zweiten Referenten aufrufen. Bei ihm geht es um „Die Wandlung der SED und ihre Rolle im Parteiensystem“. Bitte, lieber Herr Professor Weber.

Prof. Dr. Hermann Weber: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Manfred Wilke hat eben gezeigt, daß die deutschen Kommunisten im sowjetischen Exil im wesentlichen an ihren alten Vorstellungen festhielten. Das heißt, daß auch nach dem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, welches die KPD bei ihrem Gründungsaufwurf abgab, in ihren Vorstellungen die stalinistischen Grundauffassungen – man kann es fast so sagen – natürlich weiter verwurzelt blieben.

Ein Indiz dafür ist in meinen Augen die Gründung der SED. Dafür spricht auch die Taktik, welche die Kommunisten dann in der SED verfolgten. Mit Hilfe der allmächtigen Sowjetischen Militäradministration setzte die KPD in der Ostzone die Zwangsvereinigung mit den Sozialdemokraten durch. Das heißt, die gegen die „Einheit“ opponierenden Sozialdemokraten konnten – abgesehen von West-Berlin – ihre Positionen nirgendwo vorstellen. „Einheitsgegner“ wurden verfolgt. Allerdings machten die Kommunisten andererseits den Sozialdemokraten Zugeständnisse, um sie in diese Einheitspartei zu bringen.

Deshalb präsentierte sich die SED bei ihrer Gründung noch ohne die typischen Wesensmerkmale einer kommunistischen Partei. Weder in der Ideologie noch in der Programmatik gab es Festlegungen auf den Leninismus und das sowjetische Modell. In der Organisation galt die „paritätische“ Besetzung aller Funktionen durch Vertreter beider Parteien. Die Hegemonie im Parteiensystem wurde offiziell noch nicht verkündet. Dies alles ist dann 1948/49 verändert worden. In der praktischen Politik der SED bestimmten freilich die Kommunisten schon vorher.

Als es der Sowjetunion genehm war, nach dem Ausbruch des kalten Krieges 1947/48 einen Umformungsprozeß in Osteuropa durchzusetzen, die Rücksicht auf die westlichen Alliierten fallenzulassen und den von ihr besetzten Ländern eine Stalinisierung aufzuzwingen – ich erinnere an den kommunistischen

Putsch in Prag und an die Kominform-Gründung –, war das auch für die SED ein Signal, sich in eine „Partei neuen Typus“, wie es offiziell hieß, umzuwandeln. Dies ist insbesondere nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito geschehen.

Der Stalinisierungsprozeß oder der Prozeß, der hin zur „Partei neuen Typus“ führte, ist in der westlichen Forschung vielfach thematisiert worden. Zu fragen bleibt, inwieweit jetzt neu zugängliche Quellen Veränderungen in bezug auf das bisherige Bild bringen. Dabei geht es um Sachverhalte, bei denen man sagen muß: Hier sind neue Einschätzungen nötig.

Ich möchte versuchen, diese Frage zu beantworten, indem ich das Thema anhand von vier Teilbereichen angehe. Erstens: Ideologie und Programmatik. Zweitens: Parteistruktur. Drittens: Funktionsbesetzungen, welche eng mit den Säuberungen verbunden sind. Viertens geht es um die damit angestrebte führende Rolle der SED im Parteiensystem.

Erstens – Ideologie und Programmatik: Ideologische Leitsätze mußten stets nach außen vermittelt werden, um die eigenen Funktionäre damit zu indoktrinieren. Dieser Bruch war 1948/49 am deutlichsten sichtbar. Der II. Parteitag der SED im September 1947 hat in seinen Entschlüssen noch einmal ausdrücklich bestätigt, daß die Gründungsdokumente weiterhin gelten. Das heißt, daß man sich zum Marxismus, aber nicht zum Leninismus bekennt, daß man einen „deutschen Weg“ zum Sozialismus proklamiert und die „demokratische Republik“ als Ausgangsposition nimmt.

Doch Wilhelm Pieck resümierte in seinem Schlußwort bereits unmißverständlich: „Die Diskussion war beherrscht von dem Gedanken und dem Willen zur Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus.“ Hier auf diesem Parteitag wird also erstmals der Begriff „Marxismus-Leninismus“ eingeführt. Ulbricht schließlich hat auf diesem Parteitag erklärt, „daß wir auf dem Wege sind, eine Partei neuen Typus zu werden.“ Er verlangte deswegen, die Genossen müßten „von der Lehre des Marxismus-Leninismus überzeugt sein.“

Auf der einen Seite gab es offiziell in den Deklarationen immer noch ein Festhalten an den Vereinigungsbedingungen. Aber auf der anderen Seite gab es hier bereits im Jahre 1947 den Übergang zu neuen Thesen. Ulbricht hat dies übrigens in einem Artikel im November 1947 noch deutlicher gemacht, indem er davon sprach, daß nun die Partei nach den Theorien von Marx, Engels, Lenin und Stalin umgebaut werden müsse. Mit anderen Worten: Die offizielle Linie wurde zwar erst 1948/49 geändert. Man kann aus den vorliegenden Dokumenten feststellen, daß dieser Prozeß innerhalb der Partei schon früher stattfand.

Hinzu kam, daß die Ideologie zunehmend auf die Thesen Stalins zurückgeführt wurde. In diesem Zusammenhang nenne ich ein Zitat aus dem Jahre 1948:

„Aus Stalins Leben und Werk schöpfen wir Wissen, Zuversicht, neue Kraft im Kampf.“ Das zeigt, daß auch der Personenkult schon früh vorhanden war.

Die programmatischen Weichen wurden ebenfalls 1948 neu gestellt. Anton Ackermann mußte seinem besonderen Weg zum deutschen Sozialismus abschwören. Der Marxismus-Leninismus wurde zur verbindlichen Ideologie der Partei neuen Typus erklärt. Durch intensive Schulung sollte eben nicht nur die Theorie des Marxismus-Leninismus allgemein, sondern auch eine parteiamtliche Stalin-Biographie verbreitet werden, um die Mitgliedschaft zu indoktrinieren.

Die zugänglichen Quellen zeigen allerdings, daß auch in dieser Hinsicht sehr viel früher angesetzt wurde. Im Januar 1947 hatte z. B. die 8. Tagung des Parteivorstands der SED feierlich des Todestages Lenins gedacht. Es war ein „unrunder“, nämlich der 43. Todestag. Es wurde betont, daß Stalin Lenins Werk fortführe. Dies geschah, obwohl nach außen keineswegs diese Linie vertreten wurde.

Ähnliches gilt für die strategischen und taktischen Zielsetzungen. Die Wende vom „deutschen Weg“ zum sowjetischen Modell erfolgte früher. Es war so, daß die Sowjetunion natürlich nicht nur in den Augen der deutschen Kommunisten das Modell sein mußte, sondern die SED versuchte bereits vorher, dies im Rahmen der Schulung darzulegen. Schon im November 1946 ist das Stalinsche Machwerk „Geschichte der KPdSU (B)- Kurzer Lehrgang“ mit Lob überschüttet worden. Stalin wurde als „unser Klassiker“ bezeichnet. Chruschtschow war es, der diese „Geschichte der KPdSU“ dann 1956 als „Machwerk“ bezeichnete.

In einem geheimen Memorandum für die SED-Spitze hatte Tjulpanov, einer der wichtigsten SMAD-Offiziere, schon Anfang Mai 1948 – also vor Beginn der offiziellen Umwandlung zur Partei neuen Typus – davon gesprochen, daß sich die Partei „an der Grenze zweier Welten“ befinde, dort, wo die Welt des Kapitalismus und die Welt des Sozialismus sich treffen. Daraus wurde nun gefolgert, daß es eine besondere Verantwortung der SED gab.

Das heißt, das, was 1944 – Manfred Wilke hat das ja aufgezeigt – Konzeption war, wird hier wieder innerhalb der Partei aufgenommen und verbreitet. Im Kern ging es dabei um die Nachahmung der KPdSU durch die SED und um die uneingeschränkte und kritiklose Unterwerfung unter Stalin.

In einer PV-Sitzung vom Januar 1949 wurde folgendes erklärt:

„... daß der Sinn des Begriffs 'Partei neuen Typus' der ist, eine Partei nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei der Sowjetunion zu schaffen. Dabei sind wir uns klar, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion der Entwicklung aller anderen Arbeiter- und kommunistischen Parteien weit voraus ist, die führende Rolle gegenüber diesen Parteien heute spielt und auch in Zukunft spielen wird.“

Das war also eine uneingeschränkte Akzeptanz dessen, was die KPdSU bereits vor dieser Veränderung war.

Als die SED erstmals auf ihrem III. Parteitag 1950 Louis Fürnbergs Lied mit dem Refrain „Die Partei, die Partei hat immer recht“ verbreitete, unterstrich sie damit ihren Totalitätsanspruch. Der kommunistische Charakter der SED wurde nicht mehr vertuscht. Doch erst 1952 wurde offen vom „Aufbau des Sozialismus“ gesprochen, also die in Gang befindliche Übertragung des sowjetischen Modells auf die DDR bestätigt.

Zusammenfassend könnte man also sagen: Sowohl in der Ideologie als auch in der Programmatik zeigen die neuen Dokumente eine viel früher einsetzende Umformung der Partei, was ihre Ideologie und ihre Strategie angeht.

Zweitens – die Parteistruktur: Dies wird noch deutlicher, wenn man sich die Parteistruktur anschaut. Mit der „Partei neuen Typus“ fing man eben nicht erst mit der offiziellen Verkündung 1948 an. Auch wenn der Terminus „demokratischer Zentralismus“, der ja zeigen sollte, daß die innerparteiliche Struktur zentralistisch zu sein hatte, umgangen wurde, kann man davon ausgehen, daß er schon wenige Monate nach der Gründung Geltung erlangt hatte.

Schon wenige Monate nach der SED-Gründung hatte Franz Dahlem im September 1946 über die Kaderpolitik der SED geschrieben und Stalins Grundthese „Die Kader entscheiden alles“ zitiert. Sie wurde als richtungweisend angesehen.

Durch die Ausschaltung von Richtungskämpfen bei einem starken Zentralismus mit großem Einfluß des hauptamtlichen Apparates war bereits vor der Wandlung in der Struktur der SED das stalinistische Element wirksam. Auch wenn formal die völlige Angleichung an den Aufbau der KPdSU erst mit dem SED-Parteistatut von 1950 erfolgte, zeigen gerade die neueren Dokumente, daß man davon ausgehen kann, daß dieser Prozeß bereits vor 1948 abgeschlossen war, auch wenn die Parität zunächst blieb.

Die 1. Parteikonferenz im Januar 1949 stellte die SED als eine kommunistische Partei stalinistischen Typus vor. Die Parität war abgeschafft. Der „demokratische Zentralismus“, also die strikte Unterordnung aller Organe unter die jeweils übergeordnete Führung, trat in Kraft. Es galten die verbindlichen Organisations- und Leitungsprinzipien der Kommunisten.

Als eine Art innerparteilicher Polizei hatten Partei-Kontrollkommissionen das Ganze zu überwachen. Eine Agenten-Hetze – es wurde vom „Ostbüro der SPD“ oder von „Trotzkisten“ gesprochen – sollte Angst in dieser Partei selbst erzeugen. Es wurde die Struktur der KPdSU kopiert. Denken Sie an das Politbüro, die Nomenklatur und ähnliche Dinge.

Eine zentrale Rolle bei dieser Umformung spielte nun selbstverständlich nicht nur die Veränderung der Strukturen von Politik und Ideologie, sondern auch

die des Personals, das diese Politik durchführte. Und dies wurde nun im wesentlichen durch Säuberungen erreicht.

Drittens – Säuberungen: Zuerst wurde die Parität abgeschafft, dann übernahmen die Kommunisten die Macht. Das geht zum Beispiel daraus hervor, daß von den 1946 in den Parteivorstand gewählten 40 Sozialdemokraten fünf Jahre später nur noch einer Handvoll dort vertreten war. Sechs von ihnen waren verhaftet, neun weitere nach Westdeutschland geflüchtet. Das heißt, durch das Herausdrängen von „feindlichen und entarteten Elementen“ – so hieß es in einem Beschluß vom Juli 1948; dieser Jargon machte schon deutlich, wie man vorzugehen gedachte – wollten die Kommunisten – gewissermaßen nach dem Florinschen Konzept – die Partei in die Hand bekommen. Das gelang ihnen auch im wesentlichen.

Der „Kurt-Schumacher-Kreis“ hat registriert, daß seinerzeit 20.000 ehemalige Sozialdemokraten ihren Arbeitsplatz verloren, 100.000 in den Westen flüchteten und 5.000 eingesperrt wurden, von denen 400 ums Leben kamen.

Die Säuberungen waren damit nicht abgeschlossen, sondern sie begannen eigentlich erst. Sie griffen auch auf die Altkommunisten über. Es war so, daß zunächst die ehemaligen Oppositionsgruppen ausgeschaltet wurden – also die Rechtskommunisten (KPO), die SAP und alle Splittergruppen dieser Art.

Ich darf hier vielleicht ein Beispiel anführen, um zu zeigen, wie sich das in der Realität abspielte. Der ehemalige preußische Landtagsabgeordnete Alfred Schmidt war wegen seiner kommunistischen Aktivitäten bereits in der Weimarer Republik zwei Jahre lang inhaftiert gewesen. Er hatte wegen seiner Tätigkeit für die KPO – er war der einzige Abgeordnete dieser Partei im Preußischen Landtag – vier Jahre in einem NS-Zuchthaus gesessen. 1947 wurde er wegen „antisowjetischer Einstellung“ aus der SED ausgeschlossen und am 6. Juli 1948 von sowjetischer Militärpolizei verhaftet. Anschließend wurde er von einem Sowjetischen Militärtribunal wegen „antisowjetischer Propaganda“ zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde später in 25 Jahre Arbeitslager umgewandelt; davon hat er acht Jahre in Bautzen verbüßt. Schmidt war zwar Kommunist geblieben. Sein Verbrechen bestand aber darin, die praktische Politik der Kommunisten zu kritisieren. Dadurch zeigte sich, daß sich die Säuberungen eben nicht nur gegen Sozialdemokraten, sondern auch gegen diejenigen in der Partei richteten, welche die praktische Politik der Führung nicht mittragen wollten.

Am 17. Oktober 1949 beschloß das „Kleine Sekretariat“ des Politbüros eine Überprüfung aller Parteifunktionäre, die entweder in westlicher Emigration waren oder sich länger als drei Monate in westlicher Gefangenschaft befanden. Einen Tag später entschied das Politbüro, alle Mitarbeiter des Berliner Rundfunks, die in englischer Emigration gewesen waren, zu entlassen.

Damit will ich aufzeigen, wie sich das ausdehnte. Zunächst ging es gewisser-

maßen gegen den Feind, also die Sozialdemokraten. Dann ging man gegen Abweichler in den eigenen Reihen vor. Anschließend kamen völlig neue Kriterien dazu. Das heißt, wer in westlicher Kriegsgefangenschaft war, konnte schon nicht mehr bestimmte Funktionen ausüben.

Besonders nach dem Schauprozeß mit Todesurteilen gegen Rajk und andere führende Kommunisten im September 1949 in Budapest wurden die Säuberungen forciert. Das „Kleine Sekretariat“ des Politbüros beschloß am 21. Oktober, die „feindliche Agententätigkeit in Partei und Staatsapparat“ ebenso zu enthüllen wie den „Objektivismus“ als „Waffe der feindlichen Agenturen“.

Dahinter verbirgt sich folgendes: Jeder Versuch, sich objektiv zu orientieren, stellt schon eine feindliche Haltung dar und wird als solche verfolgt. Der Intoleranz und Schnüffelei in der SED waren nun Tür und Tor geöffnet. Die für die Unterdrückung und Verfolgung der Bevölkerung verantwortliche SED – das ist also das Entscheidende – hat auch innerparteilich mit den gleichen Methoden gearbeitet.

Die Kenntnis von den Schauprozessen gegen kommunistische Spitzenfunktionäre, wie Stalin sie in den dreißiger Jahren in Moskau durchführen ließ – weitere folgten dann 1949 in Ungarn und Bulgarien –, hatte natürlich auch in erster Linie den Zweck, Angst zu erwecken. Da ehemals führende Kommunisten, die absurde Geständnisse ablegten, hingerichtet wurden, konnte sich der kleine Mann erst recht vorstellen, was ihm passieren und wie schutzlos er sein würde, wenn er in die Hände dieser Verfolger geriet. Insbesondere aber sollten diese Schauprozesse die Parteimitgliedschaft in Angst versetzen. Sie sollte Angst vor den Folgen von Abweichungen haben. Zwischen den einzelnen Mitgliedern sollte Unsicherheit und Mißtrauen gesät werden. Dies war ein Mittel, mit dem die Führung arbeitete.

Aus den derzeit zugänglichen, aber noch immer unvollständigen Quellen kann inzwischen bewiesen werden, daß Schritt für Schritt auch in der DDR ein solcher stalinistischer Schauprozeß gegen führende Kommunisten vorbereitet wurde. Ich kann hier aber auf Einzelheiten nicht eingehen.

Die SED hat später behauptet: „Bei uns gab es keinen derartigen Schauprozeß.“ Das war eine reine Schutzbehauptung. Der 2. Vorsitzende der westdeutschen KPD, Kurt Müller, wurde verhaftet, und es gab Vorbereitungen für den Ausschluß der Gruppe um Paul Merker sowie anderer. Das zeigt ganz deutlich, daß im Juli/August 1950 ein solcher Schauprozeß vorbereitet wurde.

Auf der ZK-Tagung am 24. August 1950 wurden bemerkenswerterweise die für einen Schauprozeß typischen Anschuldigungen bereits konstruiert. Frühere „Sünden“ sollten in „Verbrechen“ umgemünzt werden. Es war Mielke – er hatte kurz vorher auch Kurt Müller verhört –, der auf dieser Sitzung – das Protokoll ist natürlich erst jetzt zugänglich – folgendes sagte:

„Mir scheint, daß es hier nicht richtig ist, wenn man die Dinge von damals von den Dingen trennt, die heute sind. Vielleicht befinde ich mich im Irrtum. Aber ich glaube, daß es notwendig ist, daß auch wir in dieser Frage gründlich untersuchen müssen, um daraus Schlußfolgerungen für uns alle zu ziehen. Es sind ja auch schon von den Organen der Sicherheit eine Reihe von Menschen festgenommen worden, die unmittelbar damit in Verbindung standen: Trotzlisten, Diversanten und Mörder. Man kann diese Dinge nicht trennen.“

Das heißt also, hier wird so vorgegangen, wie es bereits in der Entschließung des III. Parteitags gefordert wurde, nämlich den „Kampf gegen Spione und Agenten“ aufzunehmen. Es war klar, daß die SED so umgewandelt werden sollte, daß im wesentlichen Mechanismen des Drucks und Terrors neben der ideologischen Begründung zur Anwendung kamen.

Viertens: Wie hat sich das in bezug auf die Funktion im Parteiensystem ausgewirkt? Die Quellen zeigen, daß man auch auf diesem Felde sehr viel früher als 1949 tätig wurde. Die SED beanspruchte die Führung im Staat. Das wurde bereits zwischen 1947 und 1949 erklärt.

Selbstverständlich verschleierten die Kommunisten zunächst nach außen hin ihre Ziele. Auf dem Gründungsparteitag der SED hatte Wilhelm Pieck versichert, die neue Partei werde keineswegs die „Diktatur des Einparteiensystems aufrichten“. Auf dem II. Parteitag der SED im September 1947 wurde in einer Entschließung behauptet: „Entgegen allen Verdächtigungen lehnt die SED jede Alleinherrschaft ab.“

Solange die Deutschlandpolitik der Sowjetunion eine gesamtdeutsche Variante berücksichtigte, blieben aus internationalen Gründen ihre konkreten Pläne in der SBZ noch verborgen. Insofern gingen die deutschen Kommunisten nach außen hin ebenfalls diesen „demokratischen Weg der Einheit“.

Der Führungsanspruch ist aber nachzuweisen. Auf der 2. Tagung des Parteivorstands der SED am 14./15. Mai 1946 – das war wenige Tage nach der Gründung der Partei – sagte Franz Dahlem, einer der damaligen Führer, der SED als „staatsaufbauender Partei“ gehöre „als Partei der Arbeiterklasse die Führung beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands auf allen Gebieten: in der Politik, der Selbstverwaltung, der Wirtschaft und in der kulturellen Entwicklung des Landes.“ – Das genau ist die These, die dann später auch nach außen hin vertreten wurde.

Wie sich die SED bei der Durchsetzung ihres Hegemonieanspruchs im Parteiensystem der Säuberungen bediente, ist in einem Beschluß des „Kleinen Sekretariats“ des Politbüros vom 27. Februar 1950 nachzulesen. Darin wird ganz genau beschrieben – das ist inzwischen auch in bezug auf andere Prozesse nachgewiesen –, daß die SED-Führung der Justiz sagte, wie der Schauprozeß gegen den Sozialdemokraten Willi Brundert und den Christdemokraten Leo Herwegen zu führen sei. Dieser Prozeß wurde dann zwei Monate

später genauso geführt, wie es die SED wollte. Der Zeit wegen will ich dazu aber keine Einzelheiten vortragen. Aber man kann sagen, daß vom „Kleinen Sekretariat“ des Politbüros – es wurde von Ulbricht geleitet – regelrecht ein Konzept des Prozesses entwickelt wurde.

Die SED war also zur herrschenden Partei im Staatsapparat geworden. Sie bestimmte überall. Also befand sie auch in der Justiz diktatorisch über die Form der politischen Verfolgungen. Damit setzte sie eine Politik fort, die bereits sehr viel früher durchgeführt wurde. Es ist interessant, daß sich aus dem Nachlaß Ulbrichts folgendes ergibt: Am 27. Mai 1946 teilte er in denunziatorischer Absicht dem zuständigen sowjetischen General Bokow mit, der persönliche Referent von Dr. Schiffer – das war der damalige Präsident der Zentralverwaltung für Justiz, ein Liberaldemokrat, der schon in der Weimarer Republik Reichsminister war – arbeite „sehr eng mit französischen Stellen“ zusammen. Außerdem habe dieser früher der sozialdemokratischen „Miles-Gruppe Neu Beginnen angehört“, die „im englischen Auftrag in Deutschland gearbeitet hat.“- Auf diesem Weg versuchte Ulbricht also schon 1946, über die Sowjetische Militäradministration, die ja damals die volle Macht hatte, mißliebige Personen herauszudrängen.

Am Ende der Stalinisierung dirigierte die SED die gesamte Personalpolitik. In einem Protokoll der Politbürositzung vom 31. Januar 1950 – das sage ich nur als Beispiel – heißt es:

„Der Liste der Mitglieder des Nationalrates wird zugestimmt mit der Maßgabe, sie dahingehend zu ändern bzw. zu ergänzen, daß die ersten Sekretäre der Landesvorstände der SED dem Nationalrat angehören.“

Dies verband das Politbüro mit der Forderung, die SED müsse in ganz Deutschland ihre Vorstellungen durchsetzen. Auch das hatte im Januar 1947 Franz Dahlem im engen Kreis vor westdeutschen KPD-Funktionären ähnlich ausgedrückt. Er sagte damals auch, Westdeutschland sei eine Kolonie. Weiter erklärte er, ein „Neuaufbau Deutschlands in freiheitlichem und friedlichem Sinne“ sei nur dann garantiert, wenn er „durchgeführt wird wie in der Ostzone.“

Allerdings konnte die SED diesen gesamtdeutschen Anspruch zu keiner Zeit realisieren. Gerade hier zeigt sich, daß der Aufbau der SED-Diktatur nach dem Krieg durch einen singulären Vorgang – die Zusammenarbeit einer allmächtigen Besatzungsmacht mit den ihr eng verbundenen Kommunisten – erreicht wurde. Die Umwandlung der SED zur „Partei neuen Typus“ bildete dafür jedoch eine wichtige Voraussetzung. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Professor Weber.- Ich bitte jetzt Herrn Professor Fischer, sein Referat zu halten. Darin geht es um den Einfluß der SMAD auf das Parteiensystem in der SBZ am Beispiel der CDU.

Prof. Dr. Alexander Fischer: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bin daran erinnert worden, daß ich in meinem Referat gelegentlich die LDPD erwähnen möge. Um in der Zeit zu bleiben, müßte ich auf Ausführungen über diese Partei eigentlich verzichten. Ich hoffe aber auf die Unterstützung von Herrn Hansen und von Herrn Schmieder, wenn ich ein paar Minuten länger brauche, denn ich habe in der Tat versucht, auch diese „bürgerliche“ Partei mit zu behandeln.

Im übrigen habe ich darauf verzichtet, Ihnen einen vollständigen Abriss der Geschichte der CDUD vorzulegen. Mir erschien es angemessener, Ihnen möglichst konkrete Informationen in Form zweier Momentaufnahmen aus den Jahren 1944/45 zu vermitteln, wobei sich auf den ersten Blick sogar ein widersprüchliches Bild ergeben könnte.

Die erste Momentaufnahme wird nämlich verdeutlichen, daß der Faktor SMAD- dabei handelt es sich um die Sowjetische Militäradministration in Deutschland – bei der Berliner Gründung der Union zwar eine entscheidende Rolle spielte, den Gründerkreis aber in bezug auf dessen inhaltliche Diskussionen nicht beeinflusste.

Die zweite Momentaufnahme beinhaltet ein konkretes Beispiel, anhand dessen ich Ihnen vor Augen führen möchte, welche komplizierte Lage gerade eine sogenannte bürgerliche Partei wie die CDU vom Beginn ihrer Existenz an unter Aufsicht der SMAD in der SBZ zu bewältigen hatte.

Ich komme zum Gründungsvorgang. Wer die Faktoren bestimmen will, die zur Berliner Gründung der CDUD- der Gründerkreis legte übrigens auf das „D“ Wert; das ist mir nachträglich von Herrn Gradl klargemacht worden – am 26. Juni 1945 führten, der wird – das mag manche überraschen – drei benennen müssen: die Kommunistische Partei Deutschlands, die sowjetische Besatzungsmacht und natürlich den Berliner Gründerkreis.

Der hier an erster Stelle genannte Faktor KPD erklärt sich rein chronologisch mit der Rolle, die der Parteiführung der deutschen Kommunisten von sowjetischer Seite in Vorbereitung des Einmarsches der Roten Armee in Deutschland zugewiesen wurde. Herr Wilke hat ja schon heute früh darüber gesprochen.

Als zu Beginn des vorletzten Kriegsjahres im Londoner Lancaster House die Mitglieder der „European Advisory Commission“ ihre Verhandlungen über die europäische Nachkriegsordnung begannen, stellte sich rasch heraus, daß die Vorstellungen der amerikanischen, britischen und sowjetischen Delegationen über Sinn und Zweck dieses internationalen Gremiums nicht auf einen Nenner zu bringen waren. Unter diesen Umständen war es auch ausgeschlossen, sich über die Prinzipien für die politische Neugestaltung Deutschlands nach seiner absehbaren Niederlage zu einigen. Um so nachdrücklicher ist deshalb die Partei- und Staatsführung der Sowjetunion darauf aus gewesen, für sich

schon einmal die, wie es hieß, „Grundlinien für die Gestaltung eines neuen demokratischen Deutschland“ festzulegen.

Und hier kommt die KPD ins Spiel. Mit dieser Aufgabe wurde nämlich eine – unter Anleitung und Aufsicht der von dem bulgarischen Kominternfunktionär Georgi Dimitroff geleiteten Abteilung für Internationale Information des Zentralkomitees der KPdSU (B) stehende – zwanzigköpfige Arbeitskommission der deutschen Kommunisten betraut. Für ihre Mitglieder war es selbstverständlich, bei ihren Planungen „für alle einzelnen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in diesem neuen Deutschland“ auch Überlegungen über die politische Repräsentation der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in diesem neuen Deutschland anzustellen.

Allen diesbezüglichen Erörterungen – das möchte ich noch einmal besonders betonen bzw. im Hinblick auf die vorangegangenen Vorträge wiederholen – lag eine prinzipielle Überlegung zugrunde. Nicht nur bei kommunistischen Spitzenfunktionären – wie die schon genannten Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin und Anton Ackermann –, sondern offenbar auch bei ihren sowjetischen Freunden galt es als selbstverständlich, daß die KPD unter gewissen Voraussetzungen eine maßgebliche Rolle – ich betone „maßgebliche“ – im neuen Deutschland spielen werde.

Was andere politische Kräfte anbetraf, so gingen die Kommissionsmitglieder zwar davon aus, daß spätestens „nach der Befreiung Deutschlands“ Parteien und Massenorganisationen entstehen würden, jedoch – und das ist wichtig – hing deren Existenz und Funktion offenbar von der Rolle ab, die die KPD bei der Beseitigung des Dritten Reiches spielen würde. Um es auf eine einfache Formel zu bringen: je bestimmender die Rolle der KPD, desto geringer die Aussicht auf ein vollentwickeltes Parteiensystem. Wenn es der kommunistischen Parteiführung und ihren Kadern in Deutschland im Spätherbst 1944 oder im Winter 1944/45 gelungen wäre, jenen innerdeutschen kommunistisch kontrollierten bewaffneten Aufstand auszulösen, auf den die Moskauer Parteiführung hinarbeitete – wie realistisch das war, ist eine ganz andere Frage, darauf hat Manfred Wilke hingewiesen –, dann wären jene Ausführungen Ulbrichts umgesetzt worden, die er in den Kommissionssitzungen vom 17. und 24. April 1944 machte: Neben der KPD als einer übermächtigen Arbeiterpartei, die nach seinen Vorstellungen damals ihre Mitglieder und Anhänger möglichst weitgehend auch aus der früheren Sozialdemokratie und aus ehemals sozialdemokratischen Wählerschichten rekrutiert hätte, wären nur – so hieß das – Organisationen für Katholiken, den Mittelstand, die Bauern und nicht zuletzt für Gewerkschaften entstanden.

Ihre Selbständigkeit sollte von vornherein durch die Einbindung in den schon erwähnten „nationalen Block der kämpferischen Demokratie“ begrenzt werden. Deren Gründung durch kommunistische Funktionäre – das wurde ausdrücklich ausgeführt und ist in den Pieck-Notizen nachzulesen – sollte

aber in dem einen oder anderen Falle nicht ausgeschlossen werden. Ulbrichts Bemerkung, man solle Religion nicht mit Politik verquicken, deutete zudem darauf hin, daß jedenfalls zu diesem Zeitpunkt nicht an die Gründung einer Partei für christliche Bevölkerungskreise, sondern allenfalls an die Bildung einer nicht näher definierten „katholischen Organisation“ gedacht war.

Ein halbes Jahr später hatten sich die Voraussetzungen für einen politischen Neubeginn in einem besiegten Deutschland in einer Weise geändert, daß die kommunistischen Pläne vom Frühjahr 1944 neuen Überlegungen Platz machen mußten. Es war der Parteivorsitzende Wilhelm Pieck selbst, der in Lektionen vom November und Dezember 1944 über das Aktionsprogramm, den Aufbau und die organisationspolitischen Probleme der KPD die Frage nach dem künftigen Parteiengefüge aufwarf. Er ging dabei erstmalig von Bedingungen aus, „die durch die militärische Besetzung Deutschlands geschaffen werden“ würden. Dabei rechnete er in einem solchen Falle zwar mit wesentlichen Einschränkungen der freien politischen Betätigung – „vorläufig keine Wahlen, kein Parlament, keine Regierung“, so steht es in seinem Manuskript –, glaubte aber auch, davon ausgehen zu können, daß, wie vorhin schon erwähnt, mit Ausnahme der NSDAP die Existenz politischer Parteien erlaubt sein würde. Daher stellte sich die Moskauer Führung der KPD darauf ein, daß die alten Parteien wiederhergestellt würden, wenigstens, wie Pieck sagte, „die größeren davon“. Ohne von der Vorstellung einer führenden Rolle der KPD im Rahmen der schon erwähnten Blockpolitik abzugehen, rechnete Pieck mit einigen gewichtigen Rivalen: mit der SPD, außerdem mit den Deutschnationalen und den Demokraten – deren Zusammengehen er ebensowenig ausschloß wie „andere Bezeichnungen“ für beide Parteien – sowie – und das ist in bezug auf unser Beispiel von speziellem Interesse – vor allem mit dem Zentrum.

Jedenfalls hat Pieck in seiner Rededisposition vom 9. November 1944 im Zusammenhang mit der Frage, auf welche Kräfte sich die KPD „bei der Schaffung einer breiten nationalen Massenbewegung und eines Blocks der kämpferischen Demokratie“ orientieren müsse, die Rolle der katholischen Kirche deutlich herausgehoben. „Da sind zunächst die Katholiken“, so ließ er sich vernehmen, „die sich durch ihre Kirche trotz aller Verfolgungen doch einen organisatorischen Zusammenhalt bewahrten und in dem obersten Klerus (Bischöfe) eine feste Führung im Lande haben.“ Er würdigte auch die „große Popularität“, die sich einige dieser Bischöfe „durch ihr mutiges Auftreten gegen die Verfolgung der Kirche“ verschafft hätten. Aber er äußerte auch die Erwartung, daß „die katholischen Volksmassen bis tief in das Bürgertum hinein“ vom Kampf der KPD um eine breite nationale Massenbewegung beeinflußt werden könnten. Diese Auffassung – die sich an der früheren Zentrumsparterie orientierte; es wurde mit deren Wiedergründung gerechnet – blieb bis zu dem Moment für die kommunistische Parteiführung bestimmend, als im Juni 1945 in Berlin die Gründung der Parteien befohlen wurde.

Es war die sowjetische Besatzungsmacht, die – bisher als zweiter, aber natürlich maßgeblicher Faktor genannt – das Startzeichen für eine Wiederbelebung des deutschen Parteiensystems – und damit auch für die Gründung einer christlichen Sammelpartei, nicht des Zentrums – gab.

Zu einem überraschend frühen Zeitpunkt, als die westlichen Alliierten den Deutschen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten noch keinerlei politische Aktivitäten gestatteten, hielten die verantwortlichen Deutschlandpolitiker im Kreml den Zeitpunkt für gekommen, im besiegten Deutschland mit dem Befehl Nr. 2 für die Gründung politischer Parteien zu sorgen. Ich lasse jetzt die Spekulationen über die Rolle von Herrn Mikojan bei dieser Parteiengründung aus zeitlichen Gründen weg. Die Gründe für diesen Wandel in der sowjetischen Deutschlandpolitik müssen aus den Archiven – vor allem denen in Moskau – noch deutlicher herausgearbeitet werden. Jedenfalls erhielten die wenige Wochen zuvor aus der sowjetischen Emigration zurückgekehrten, in drei Initiativgruppen tätigen deutschen Kommunisten aus Moskau in der zweiten Maihälfte des Jahres 1945 neue politische Direktiven, in denen auch von der Wiedergründung von Parteien die Rede war. Freilich konnte an die diesbezüglichen Überlegungen der Moskauer Arbeitskommission der KPD nur sehr begrenzt angeknüpft werden. Ich will auch hier auf Einzelheiten verzichten, um auf den letzten Faktor dieser Parteigründung – sicherlich auch ein sehr entscheidender – zu kommen. Es geht um den Gründerkreis der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD), der ja nicht unbedingt den Vorgaben folgte, die aus Moskau gekommen waren.

Diese um die 50 Männer und Frauen starke Gruppe, die eine neue freiheitlich-demokratische Volkspartei christlichen Zuschnitts im Sinn hatte, konnte natürlich erst in dem Moment in Aktion treten, als die SMAD in Berlin grünes Licht gab. Es sollte aber nicht verschwiegen werden, daß in den Berliner Gründerkreis Überlegungen und Konzeptionen eingeflossen sind, die in kleinen Diskussionszirkeln schon während des Dritten Reiches angestellt bzw. entwickelt worden waren, wobei die Forderung nach Bündelung der politischen Kräfte stets eine hervorragende Rolle gespielt hat.

Bei den ersten Sondierungen nach dem Erlaß des Befehls Nr. 2 stellte sich rasch heraus, daß die von Jakob Kaiser favorisierte Idee einer deutschen Labour Party in der SBZ nicht durchzusetzen war. Nach Sondierungsgesprächen in Berlin zeigte sich schon Anfang Juni 1945 endgültig, daß weder in gewerkschaftlichen Kreisen noch in der Sozialdemokratie Neigung zu einer großen Linkspartei – so will ich es einmal nennen – im Sinne Kaisers bestand. Insbesondere – so eine Formulierung des Lehrers von Herrn Soell, Werner Conze – der „deutliche Zug nach links“ in den Reihen der wiedererstehenden Sozialdemokratie, der eher eine weitgehende Annäherung an die Kommunisten signalisierte, zwang Kaiser, seinen Plan fallenzulassen. Um so entschiedener verfolgte er daraufhin gemeinsam mit Andreas Hermes – dies ist wiederum

ein Zitat von Werner Conze – das Ziel, „diejenigen Kräfte zu sammeln, die auf demokratischem Boden, aber nicht im Sinne der von Karl Marx begründeten Lehre politisch zu wirken entschlossen waren.“

Der fehlgeschlagene Versuch zur Bildung einer deutschen Labour Party hat wesentlich dazu beigetragen, in der CDUD Andreas Hermes zur Schlüsselgestalt werden zu lassen. Der ehemalige Präsident des Reichsverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften war als Mitglied der Zentrumsparterie in der Weimarer Republik Reichsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bzw. für Finanzen gewesen. Auch war er Mitglied des Preußischen Landtages und des Reichstages. Von daher brachte er dafür alle Voraussetzungen mit, nämlich „die Erfahrungen und Verbindungen seiner politischen und beruflichen Vergangenheit sowie seine Zugehörigkeit zum aktiven Widerstand.“

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß vor allem Hermes' frühe Berufung in den ersten Berliner Nachkriegsmagistrat für die Gründung der Union in zweifacher Hinsicht von Bedeutung gewesen ist. Zum einen ergaben sich durch die Amtsübernahme enge Kontakte zu Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht und zu den aus Moskau zurückgekehrten KPD-Funktionären, maßgeblichen Faktoren der damaligen Zeit. Längerfristig noch wichtiger für den politischen Neubeginn war aber zum anderen die Tatsache, daß Hermes dank seiner amtlichen Funktion mit allen neu erwachenden politischen Kräften in Berlin Führung aufnehmen, alte Freunde wiedertreffen und Menschen gleicher politischer Gesinnung kennenlernen konnte. Dazu gehörte übrigens auch Wilhelm Külz, der spätere Mitbegründer der LDPD.

Die Zusammensetzung des Gesprächskreises, der in bisweilen sehr temperamentvollen Aussprachen die politische Konzeption der neuen Partei entwickelte, wechselte ständig. Das war deshalb so – wir müssen uns das heute in besonderem Maße nochmals in Erinnerung rufen –, weil die Verkehrswege weitgehend zerstört waren. Ich will jetzt darauf verzichten, Ihnen darzulegen, welche verschiedenen Gruppierungen sich in dieser Union zusammengefunden hatten. Es war ein Kreis, der sich – Gradl hat es so genannt, man kann es vielleicht so abkürzen – „von Mitte-Rechts bis Mitte-Links“ erstreckte. Auch die frühere Deutsche Demokratische Partei, die alte Deutsche Staatspartei und natürlich das Zentrum waren vertreten.

Auf eines möchte ich besonders hinweisen: Es verdient Beachtung, daß die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Berliner Gründerkreises während des Dritten Reiches unterschiedlichen Gruppen der Widerstandsbewegung gegen die NS-Diktatur angehört hat. Ich nenne in diesem Zusammenhang u. a. den Kreisauer Kreis, die Goerdeler-Gruppe und den gewerkschaftlichen Widerstand. Auch dazu will ich mir im Hinblick auf die Zeit Einzelheiten schenken.

Allerdings will ich doch noch – und damit möchte ich diese erste Momentaufnahme abschließen – deutlich hervorheben, daß es schon von Bedeutung

war, daß die sowjetische Besatzungsmacht ebenso wie die deutschen kommunistischen Funktionäre bei ihren Überlegungen über ein neues deutsches Parteiensystem zumindest in einem Falle – nämlich hinsichtlich der Union – offenbar von falschen Voraussetzungen ausging. Noch bemerkenswerter ist, daß die SMAD auch die zentrale programmatische Aussage der CDUD – nämlich den Gedanken einer „Union“, der ja auch Überbrückung und Vereinigung von Konfessionen sowie von überlieferten politischen Richtungen, sozialen Schichten und Generationen bedeutete – widerspruchslos hinnahm.

Damit komme ich zur zweiten Momentaufnahme. Ich will versuchen, Ihnen die Rolle bzw. die Möglichkeiten dieser „bürgerlichen“ Parteien – hier muß die LDPD voll mit einbezogen werden – am Beispiel der Bodenreform zu erläutern.

Die SMAD als zentrale Instanz der sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland hatte nach amtlichem Verständnis die Aufgabe, „die Einhaltung der Bedingungen, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation für Deutschland ergeben, zu kontrollieren, die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland zu verwalten und die Beschlüsse des Kontrollrates zu grundsätzlichen militärischen, politischen, ökonomischen und anderen für ganz Deutschland gemeinsamen Fragen durchzusetzen.“ Dementsprechend bestimmte sie – von ihrer Errichtung im Juni 1945 bis zu ihrer Auflösung im Oktober 1949 – in ihrer Zone „alle grundsätzlichen Entscheidungen über die Neugestaltung des politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Lebens“, ohne – und das war für die SMAD wichtig – ihre Durchsetzung in der Praxis außer acht zu lassen. Auf welche Weise und mit welchen Konsequenzen das gegenüber der CDUD geschah, soll an einem Beispiel verdeutlicht werden, nämlich der Durchführung der Bodenreform in der SBZ ab Frühherbst 1945.

Die Bodenreform in der SBZ ist nicht nur ein schwerwiegender Eingriff in die ökonomischen Gegebenheiten in bezug auf den Wiederaufbau Deutschlands gewesen, sondern auch der Versuch der sowjetischen Besatzungsmacht, noch vor dem Zusammentreten des Alliierten Kontrollrates zu seiner konstituierenden Sitzung am 30. August 1945 deutlich zu machen, was in Moskau unter der wenige Wochen zuvor auf der Potsdamer Konferenz übernommenen Verpflichtung verstanden wurde, Deutschland während der Besatzungszeit „als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten“.

Der Forderung nach Enteignung bestimmter Kategorien des Besitzes an Grund und Boden sowie des Familienbesitzes über 150 Hektar lag eine ideologisch bestimmte Linie der sowjetischen Deutschlandpolitik zugrunde, für die gerade die Bodenreform ein Kernbereich der sowjetischerseits für erforderlich gehaltenen „Demokratisierungspolitik“ gewesen ist. Die „Junker“, so wurde aus dieser Sicht argumentiert, seien nämlich stes „Inspiratoren der deutschen Aggression“ gewesen und hätten zudem „die gefährlichsten deutschen Militaristenkader“ gestellt.

Ich will jetzt hier nicht das Märchen in allen Einzelheiten wiedergeben, das möglicherweise später in den Schulbüchern der DDR- wenn sie denn bestehengeblieben wäre – gestanden hätte, wie man auf die Bodenreform gekommen ist. Das können Sie in den gesammelten Schriften von Walter Ulbricht nachlesen. Dort berichtet er über eine Fahrt mit Smirnow und Semjonow nach Weimar, Leipzig und Halle. Im Kreise Bitterfeld seien sie irgendwie hängengeblieben; dort habe er feststellen müssen, daß „der Baron“ weiterhin das Sagen hatte. Die drei seien daraufhin – ich fasse das jetzt ein wenig zusammen – auf die Idee gekommen, eine Bodenreform in Deutschland durchzuführen.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Initiative für diese Bodenreform von sowjetischer Seite ausging. Das läßt sich bei Wolfgang Leonhard nachlesen, der die russischen Entwürfe für die gesetzlichen Vorgaben in der Hand gehalten hat. Das wird auch von dem ehemaligen Wehrmachtmajor Bernhard Bechler bestätigt, der als 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg daran teilgenommen hat: Während einer Feierstunde, die 20 Jahre später stattfand, wies er darauf hin, daß „die wichtigsten ersten Maßnahmen zur Schaffung einer neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ natürlich von den Russen ausgegangen seien. Diese Tatsache habe sogar – so beklagte er noch im nachhinein die daraus resultierende prekäre Situation der deutschen Funktionäre – dazu geführt, „daß nicht wenige Menschen unserer Bevölkerung damals glaubten, die demokratische Umgestaltung in der damaligen Ostzone sei nicht auf den Willen der Bevölkerung, sondern ausschließlich auf die Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht zurückzuführen, unsere sozialistische Revolution sei letzten Endes auf den Bajonetten der Sowjetarmee importiert und errichtet worden.“

Es spricht alles dagegen, daß die CDUD- und mit ihr zusammen die LDPD- auch nur die geringste Chance gehabt hätten, Zeitpunkt, Inhalt und Ablauf der Bodenreform in der SBZ in irgendeiner Weise zu beeinflussen. Der Allmacht der SMAD und ihrer Länderadministrationen waren diese beiden Parteien ebensowenig gewachsen wie der Absicht der KPD, der es vor allem darauf ankam, aus der Bodenreform eine „revolutionäre Massenaktion“ zu machen.

Konfrontiert mit einem „System selektiver und oft verfälschend wirkender Informationsweitergabe“, mit einer rigoros ausgeübten Pressezensur, mit massiven direkten und indirekten Pressionen zugunsten der Bodenreformvorstellungen der KPD sowie mit Drohungen eines Parteiverbots durch die SMAD mußte die CDUD-Führung in Berlin ohnmächtig mit ansehen, wie in den Ländern der SBZ ab September 1945 eine beispiellose, auf möglichst schnelle Durchführung angelegte Enteignungsaktion einsetzte.

Auch wenn die Partei mit ihrer konkreten Durchführung kaum etwas zu tun hatte, bekam sie deren Auswirkungen in Form von Berichten und Beschwerden massiv zu spüren. Auf diese Weise erhielt vor allem die Berliner Reichsleitung

einen recht präzisen und weitreichenden Eindruck von den Übergriffen, Ungerechtigkeiten, Mißständen und sogar Verbrechen, die sich im Zuge der Durchführung der Bodenreform ergaben.

Viele Möglichkeiten zum Widerspruch gab es für die Parteizentrale der Union in der Berliner Jägerstraße nicht. Die „Neue Zeit“ schied aufgrund der Zensurbestimmungen aus. Es wurden auf dreierlei Weise Versuche gemacht, dieser Entwicklung zu widersprechen. Zum ersten nutzte Andreas Hermes Mitte September 1945 eine Umfrage in der „Täglichen Rundschau“ an die Parteivorsitzenden, um seinem Unbehagen vorsichtig, aber deutlich Ausdruck zu geben. Er sprach von einer „Präjudizierung der Innenausstattung des angestrebten demokratischen Hauses“. Zum zweiten entschloß man sich zu einer sehr spektakulären Aktion; jedenfalls war sie das aus heutiger Sicht. Die Unionsführung unternahm den Versuch, die vier alliierten Oberbefehlshaber direkt anzuschreiben und sie sozusagen auf ihre gesamtdeutsche Verantwortung festzulegen bzw. sie daran zu erinnern. Vor allem sollten sie – das ist der Inhalt des Briefes, den ich hier nur kurz wiedergeben kann – daran erinnert werden, daß in solch grundsätzlichen ökonomischen Fragen reichseinheitlich vorgegangen werden sollte. Schließlich kam es zu einem dritten Schritt. Dem ging ein Referat des Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, Heinrich von der Gablentz, im November 1945 voraus. Darin berichtete dieser über „Exzesse“, zu denen es im Zuge dieser Bodenreform kam. In diesem Zusammenhang war auch davon die Rede, daß damals nicht nur Haus und Hof, sondern auch persönliche Habe weggenommen wurde. Angehörige der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 wurden in diese Enteignungsaktion einbezogen. Ferner seien eine ganze Reihe dieser „Junker“ – das waren sie jedenfalls aus sowjetischer Sicht – in ein Konzentrationslager auf der Insel Rügen gebracht worden. Daraufhin legte sich die Reichsleitung der Union fest, den sogenannten Neubauernaufruf vom November 1945 – da ging es um die Aufforderung an die Öffentlichkeit, die Neubauern zu unterstützen – nur dann zu unterzeichnen, wenn es eine kritische Aussage der politischen Parteien der SBZ zu den Mißständen während der Bodenreform gebe.

Die Weigerung der Union, diesen Aufruf zu unterschreiben, kam einer Spaltung der Einheitsfront und damit – das war es jedenfalls aus Sicht der SMAD- einem Sakrileg gleich. Man reagierte entsprechend: Hermes und Schreiber – die beiden Vorsitzenden der CDUD- sowie Waldemar Koch von den Liberaldemokraten wurden zu Shukow bestellt. Dort mußten sich – übrigens in Anwesenheit Ulbrichts; Lotte Ulbricht war Dolmetscherin – Hermes, Schreiber und Koch einiges anhören: Shukow warf Hermes vor, keine Partei bereite „soviel Schwierigkeiten“ wie die CDU. Ihre Politik „verletze das Potsdamer Abkommen“, sie sympathisiere mit „Kriegsverbrechern, die unter Anklage stünden“, und sie stelle „den Reparationen Hindernisse in

den Weg“, „sabotiere die Bodenreform“ und „mache Propaganda gegen die Grenzregelung im Osten.“

Das waren die Voraussetzungen dafür, um eine sehr durchsichtige Entwicklung einzuleiten. Verantwortlich war der hier schon genannte hohe Funktionär der sowjetischen Militäradministration, Oberst Sergej Tjulpanow, der eine Initiative einleitete, die dazu führte, daß kurz vor Weihnachten 1945 die Parteileitung der CDU – bestehend aus Hermes und Schreiber – abgelöst wurde. Weitere solcher Eingriffe sind – davor und danach – zu registrieren gewesen.

Es ist in der damaligen Situation – vor allem nach der Ablösung der zweiten Parteileitung, bestehend aus Kaiser und Lemmer; das geschah kurz vor Weihnachten im Jahre 1947 – in der Union offensichtlich eine Diskussion in Gang gekommen, über die ich etwas aus dem Schreiben eines Journalisten – er war Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, sein Name war Harald Roos – erfahren habe. Roos hatte am 19. März 1949 einen Brief an Otto Nuschke, den kommissarischen Vorsitzenden der CDUD, geschrieben. Das geschah nach einem zweieinhalbstündigen Gespräch, daß er mit dem der Union von der SMAD als Aufpasser zugeeilten Hauptmann Kratyn geführt hatte.

Roos schrieb an Nuschke, daß er nach diesem Gespräch „den bedenklichsten Eindruck über die Absichten der Besatzungsmacht hinsichtlich der CDU und hinsichtlich einer gemeinsamen deutschen Politik“ gewonnen habe. So „außerordentlich intelligent“ Kratyn auch gewesen sei, so wurde Nuschke in aller Offenheit informiert, so wenig habe dieser verhüllen können, „daß eine Verschärfung – 1948 im Frühjahr – des sogenannten volksdemokratischen Kurses in der Ostzone sowohl hinsichtlich der Bauern – wie der Industriepolitik, der Handels- wie der Finanzpolitik unter allen Umständen beabsichtigt ist.“

Roos hat seinen sowjetischen Gesprächspartner bei dieser Gelegenheit ohne Umschweife darauf aufmerksam gemacht, „daß das fortgesetzte Folgen und Hören auf Absichten, Ziele und Einreden der SED 95 Prozent der Bevölkerung der Ostzone heute schon in eine absolute Psychose gegen die Besatzungsmacht hereingebracht habe, weil die tatsächlich tausendjährige bürgerliche Vergangenheit und ihre auch heute noch gesunden Traditionen in Deutschland gelehrt und beiseitegeschoben werden.“ Er sah sich gegenüber seinem sowjetischen Gesprächspartner zu der Bemerkung gezwungen, daß es „eigentlich überflüssig erscheinen müsse, in der Ostzone noch eine CDU aufrechtzuerhalten, da das Ganze auf eine kommunistische Politik herauskäme.“

Dieses Fazit dürfte seinerzeit von vielen Mitgliedern in beiden sogenannten bürgerlichen Parteien gezogen worden sein. Wenn dies nicht zu entsprechenden praktischen Konsequenzen führte, dann lag das daran, daß die Parteileitungen – das Wort „Parteileitungen“ ist zu betonen – von CDUD und LDPD zu dieser Zeit schon in den Händen jener Funktionäre lagen, die – um es in den Worten eines führenden Repräsentanten der Liberaldemokraten auszu-

drücken – der Überzeugung waren, daß sich in Deutschland eine Richtung von Demokratie durchsetzen werde, von der dieser Repräsentant, nämlich Johannes Dieckmann, schon im Sommer 1945 auf einer Wahlveranstaltung in Dresden zu sagen wußte, daß sie, „wenn sie sich gestalten kann und gestaltet hat, vermutlich der russischen Auffassung näher verwandt sein werde als der des Westens.“

Damit war eine Linie vorgegeben, die auf den ersten Blick bruchlos hin zu einer Partearbeit im Zeichen „von Ostbindung und Gleichschaltung“ führte, hin zu einer Parteileitung – das gilt für die CDUD unter Otto Nuschke –, die in ihrer bedingungslosen Loyalität gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht die Union der SBZ bzw. DDR gegen den Willen der weit überwiegenden Zahl ihrer Mitglieder den Zielsetzungen der SED unterzuordnen begann.

Das war ein Prozeß, der im Jahre 1952 schließlich mit den 22 „Thesen des Christlichen Realismus“ einen gewissen Abschluß – man kann auch sagen: einen traurigen Höhepunkt – erreichte, in denen u. a. unter Verweis auf die „beispielhafte Verwirklichung“ der von Karl Marx entwickelten „Lehre vom Aufbau einer neuen besseren Gesellschaftsordnung“ in der Sowjetunion festgeschrieben worden war, daß der Sozialismus den Christen „die beste Möglichkeit zur Verwirklichung der Forderungen Christi und zur Ausübung praktischen Christentums“ biete.

Wer näher hinsieht, wird allerdings zur Kenntnis nehmen müssen, daß das angesichts solcher Aussagen rasch gefällte abschätzige „Blockflöten“-Urteil den tatsächlichen Gegebenheiten doch nicht gerecht wird – den Vorfällen etwa, wie sie sich bei der Gleichschaltung der Landesverbände im Jahr 1950 abgespielt haben:

- Es kam damals zur Absetzung des sächsischen Landesvorsitzenden Hugo Hickmann, nachdem er den Führungsanspruch der SED in Frage gestellt hatte.
- Weiter kam es zu dem hier schon erwähnten Schauprozeß gegen den Landesvorsitzenden Leo Herwegen in Sachsen-Anhalt. Er wurde zu 15 Jahren Zuchthaus – davon drei Jahre Einzelhaft – verurteilt.
- Außerdem kam es zur Absetzung des Wirtschaftsministers Siegfried Witte und nachfolgend zu einer Verhaftungswelle gegen die „Witte-Clique“ in Mecklenburg-Vorpommern.
- Es ist der sogenannte Eichsfelder Fenstersturz zu erwähnen; dabei kam es zur Ausschaltung der CDUD-Mehrheiten im Eichsfeld, dem „Eingangstor des Imperialismus“, wie es in der Diktion der SED hieß, und in anderen Kreisverbänden Thüringens.
- Weiterhin kam es zur Verhaftung und zum Tod – nach Folter – des 74jährigen Potsdamer CDUD-Politikers Frank Schleusener.

Es ist eben – und damit will ich schließen – nicht zu verkennen, daß in

den sogenannten bürgerlichen Parteien CDUD und LDPD drei Jahre nach der Zerschlagung der NS-Diktatur schon lebendige demokratische – christliche und liberale – Traditionen existierten, so daß viele ihrer Mitglieder nicht bereit waren, der Errichtung einer neuen, kommunistischen Diktatur widerstandslos zuzusehen. Sie haben sich auch gewehrt, freilich unter den von Besatzungsmacht und SED gesetzten Bedingungen, jedenfalls so gut und so lange sie konnten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch Ihnen, lieber Herr Professor Fischer, ganz herzlichen Dank.- Ich glaube, alle drei Vortragenden haben uns den gegenwärtigen Stand vermitteln können. Sie haben uns Neues – auch in bezug auf biographische Fakten – gesagt. Dadurch wurden die Vorträge – das ist mein Eindruck – sehr farbig.

Ich bitte die Mitglieder Enquete-Kommission, die jetzt anstehende Diskussionsrunde dazu zu nutzen, um noch weitere biographische Fakten an Tageslicht zu bringen. Wir hatten vereinbart, daß mindestens drei Redner einen vorbereiteten Diskussionsbeitrag zu den angesprochenen drei Themen vortragen. Da wir solche Persönlichkeiten wie Herrn Putzrath und Herrn Katzer unter uns haben, sollten auch diese die Möglichkeit haben, im Rahmen dieser Diskussionsrunde noch Unvorbereitetes zu sagen.- Ich bitte nun Frau Dr. Erika Wolf, anzufangen.

Dr. Erika Wolf: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender.- Ich kann aus meiner Erfahrung natürlich zu dem letzten Referat etwas sagen. Mit großem Interesse und einiger Erschütterung habe ich gehört, was gerade gesagt wurde.

Ich möchte auch zu den beiden Punkten, die Herr Professor Fischer erwähnt hat – nämlich zur Gründung der Partei und zur Bodenreform –, etwas sagen. Die Gründung der Partei war für die Sowjetische Militäradministration, wie Sie gesagt haben, eine schreckliche Überraschung. Denn man hatte damit gerechnet, das Zentrum – und damit eine Partei, die wahrscheinlich nicht sehr viele Anhänger gehabt hätte, weil der Anteil der Katholiken in der Sowjetischen Besatzungszone verhältnismäßig gering ist – zu sehen.

Hermes selber saß, nachdem er zum Tode verurteilt worden war, im Gefängnis Moabit. Am 23. April 1945 wurde er freigelassen. Wenige Tage danach – nämlich schon am 6. Mai – erhielt er einen Besuch von Ulbricht, der ihn fragte, ob er bereit wäre, die Verantwortung für die Ernährung Berlins zu übernehmen. Das bejahte er. Er wurde dann von General Bersarin in diese Funktion eingesetzt, die es ihm natürlich auch erleichterte, die Menschen zu sammeln, mit denen er zusammenarbeiten konnte. Sie kamen im wesentlichen aus Kreisen des Widerstandes.

Wenn man den Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands liest, sieht man, daß in der Tat wichtige Vertreter der politischen Szene vor 1933 sich wieder zusammengefunden hatten. Es war ja der Vorteil der Entwicklung, daß die Zeit des Nationalsozialismus immerhin verhältnismäßig